

Resolution der ordentlichen Generalversammlung der FEDE vom 22. November 2017

Die FEDE ist eine Dachorganisation im Dienste der Interessen aller Staatsangestellten.

An der Versammlung am 22. November 2017 in Grangeneuve wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedverbände der FEDE über die Prioritäten des Staatsrats für das Budget 2018 unterrichtet. Dieser gibt neuen Investitionen den Vorrang. Die Versammlung ist erstaunt, dass der Staatsrat keine Rückzahlung eines Teils der vom Personal erbrachten Opfer vorgesehen hat. Die Delegierten haben die Versprechen des Staatsrats, von neuen Sparmassnahmen auf dem Rücken des Personals abzusehen und die zwischen 2014 und 2016 eingesparten Summen zurückzuzahlen, falls die Konjunktur anhält, auf jeden Fall nicht vergessen. Des Weiteren:

In Anbetracht

- des Ertragsüberschusses von mehr als 125 Millionen Franken für das Geschäftsjahr 2015 und fast 90 Millionen für das Geschäftsjahr 2016
- der Erhöhung des Vermögens auf fast 1,2 Milliarden Ende 2016 gegenüber 997 Millionen im Jahr 2013
- des Fokus auf Investitionen in die Infrastruktur statt in die Leistungen
- der Strategie des Abbaus des öffentlichen Dienstes durch die Privatisierung des öffentlichen Sektors und den Projekten zum Ausstieg des Personals aus dem StPG
- der Bevölkerungszunahme und der dadurch verursachten erhöhten Nachfrage
- der Anstrengungen des Personals in den letzten drei Jahren, die massgeblich zum gegenwärtigen Vermögen beigetragen haben

fordern die Delegierten der Mitgliedverbände der FEDE, die sich am 22. November in Grangeneuve versammelten, den Staatsrat dazu auf,

- die Beziehungen mit den Staatsangestellten und Personalorganisationen auf Vertrauen und Achtung aufzubauen
- seine Personalpolitik auf der Beteiligung und der aktiven Einbindung der Mitarbeitenden des Staates aufzubauen und diese bezüglich aller Projekte, die sie direkt betreffen, systematisch zu konsultieren und ihnen Zugang zu den Ergebnissen dieser Konsultationen zu gewähren
- davon abzusehen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Staatsangestellten zu verschlechtern – und damit ihre Gesundheit zu schützen
- seine Verantwortlichkeiten wahrzunehmen und um die Finanzierung der Rentenzahlungen besorgt zu sein
- alle Mitarbeitenden des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes fair zu behandeln, inklusive das HFR
- den Spitalangestellten die erforderlichen Mittel zur Erfüllung des dem HFR übertragenen Auftrags zu gewährleisten
- dem Personal die zulasten ihrer Lohnsumme durchgeführten Einsparungen seit 2014 vollumfänglich zurückzuerstatten
- davon abzusehen, die Verbände mit seiner restriktiven Politik in ihrer Arbeit und in ihren Rechten zu behindern
- bei der Festlegung der Löhne die Inflation in Zukunft in Rechnung zu ziehen

Die an der Versammlung anwesenden Delegierten beauftragen den Vorstand der FEDE damit, unverzüglich das Gespräch mit dem Staatsrat aufzunehmen.

Freiburg, 22. November 2017